

Stadtverwaltung Allendorf (Lumda)

Bahnhofstraße 14

35469 Allendorf (Lumda)

Protokoll der 31. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses

Sitzungstermin: Montag, den 15.02.2016

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 23:45 Uhr

Ort, Raum: großer Sitzungssaal im Rathaus, Bahnhofstraße 14

Die Vorsitzende des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses, Frau Keil, eröffnet die 31. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Ladung und die Tagesordnung ordnungsgemäß zugestellt wurden und der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss mit 6 anwesenden Mitgliedern beschlussfähig ist.

Gegen das Protokoll der letzten Sitzung vom 01.02.2016 wurden keine Einwände vorgebracht. Es gilt somit als beschlossen.

Frau Trez beantragt, den Punkt Anfragen und Mitteilungen als ersten Tagesordnungspunkt zu behandeln. Gründe hierfür sind Fragen zum aktuellen Stand der Unterbringung von Flüchtlingen in Allendorf (Lumda). Für die Änderungen stimmen sechs Ausschussmitglieder (einstimmig). Somit ergibt sich folgende geänderte Tagesordnung:

Tagesordnung

der 31. öffentlichen Sitzung des Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschusses am 15.02.2016

- TOP 1: Anfragen und Mitteilungen
- TOP 2: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/183/2015
- TOP 3: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 10.
Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum
Haushaltsplan 2016
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/185/2016

TOP 1: Anfragen und Mitteilungen

Frau Trezn bezieht sich auf einen Artikel im Gießener Anzeiger vom 09.02.2016, wonach der Landkreis Gießen gegenüber der Stadt Schadenersatz geltend machen würde, wenn nicht die Aufstellplätze für Flüchtlingsunterkünfte zeitnah und vollständig zur Verfügung gestellt würden. Weiterhin werden vom Ausschuss aktuelle Informationen zum Stand der Umsetzung der Flüchtlingsunterbringung bzw. deren Standorte erfragt.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass sie sehr verärgert über die Berichterstattung der Zeitung sei. Dies habe sie dem zuständigen Redakteur auch mitgeteilt. Die Darstellung sei haltlos. Auf Nachfrage, wer solch eine Aussage getroffen habe, wurde seitens der Zeitung keine Antwort gegeben. Sie bedauere, dass der Gießener Anzeiger es nicht für nötig gehalten hat, eine Klarstellung der Meldung zu veröffentlichen.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause weist darauf hin, dass die Kommunen keinen Einfluss auf die Zuweisungen von Flüchtlingen haben. Diese würden durch das Land zugewiesen. Insofern lobt sie das „Gießener Modell“, nach dem der Kreis die Unterbringung der Flüchtlinge zentral koordiniere. Als mittelfristige Unterbringungsmöglichkeiten werden derzeit Wohncontainer (bis zu drei Jahre) wie auch Holzständerbauten (Nutzungsdauer: 3 bis 8 Jahre) genutzt. In Allendorf ist derzeit die Unterbringung in Wohncontainern vorgesehen. Die Stellplätze werden durch die Stadt hergestellt und die Kosten durch den Landkreis (aus Landesmitteln) der Kommune erstattet.

Hierzu wurden alle Landkreiskommunen aufgefordert, Standorte zu benennen, die folgenden Grundvoraussetzungen entsprechen:

- Die Flächen sollen im Eigentum der Stadt stehen.
- Die baurechtlichen Voraussetzungen müssen erfüllt sein.
- Es müssen Anschlüsse für Strom- und Wasserversorgung wie auch der Abwasserentsorgung vorhanden sein.

Aufgrund der wenigen städtischen Flächen, die diesen Kriterien entsprechen, gestaltete sich die Suche schwierig. Die Stadt hat derzeit eine Aufnahmeverpflichtung von ca. 120 Flüchtlingen. Das städtische Grundstück im Tulpenweg ist aufgrund der Größe nicht als Standort geeignet. Gleiches gilt aufgrund der ungesicherten Abwasserentsorgung für ein städtisches Grundstück in der Vereinsmeile „Am Erlen“. Ebenfalls fand sich in Nordeck kein geeigneter Standort. Zugleich ist darauf hinzuweisen, dass bereits Flüchtlinge in Nordeck untergebracht sind. Gleiches gilt für eine im letzten Jahr bezogene Gemeinschaftsunterkunft in Allendorf.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind zwei Grundstücke zur Aufstellung von Wohncontainern vom Landkreis als geeignet identifiziert worden:

- Eine überplante Teilfläche des Kinderspielplatzes in Allendorf (Bahnhofstraße) sowie
- eine Teilfläche des Climbacher Fest-/Sportplatzes.

Für den Climbacher Fest-/Sportplatz ist eine Teilfläche von ca. 560 m² vorgesehen. Die verbleibende Fläche (2.000 m²) soll weiterhin für die bisherigen Nutzungen erhalten bleiben. Insbesondere mit dem Veranstalter des „Climbacher Haxenfestes“ sind Details zu klären, um auch zukünftig diese Veranstaltung durchführen zu können.

Der Allendorfer Festplatz ist nicht geeignet, da auf diesem ganzjährig und regelmäßig (nicht nur die Kirmes im Sommer) Veranstaltungen stattfinden, die mit der parallelen Nutzung als Containerstandort nicht zu vereinbaren gewesen wären. Auch für den alljährlichen Nikelsmarkt ist dieser Platz von zentraler Bedeutung.

Wichtig sei es, die Lasten der Unterbringung möglichst über das Stadtgebiet gleichmäßig zu verteilen. Die Verteilung soll in Relation zu der vorhandenen Bevölkerung stehen. Für Climbach seien in diesem Zusammenhang 32 Personen und für Allendorf 32 bis 50 Personen vorgesehen.

Die weitere Entwicklung der Flüchtlingszahlen ist nach wie vor ungewiss.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Schmidt, bis wann mit einer Belegung zu rechnen ist, teilt die Bürgermeisterin mit, dass dies sehr kurzfristig geschehen werde. Mit der Landrätin würde morgen ein Termin für eine Infoveranstaltung vereinbart.

Frau Sylke Schäfer bittet darum, auch in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema zu berichten. Sie erkundigt sich nach der Plakatierung der AfD in Allendorf, die die vorgesehenen Plakatständer der Stadt nicht nutzen bzw. darüber hinaus plakatieren.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt hierzu mit, dass sich die Plakatierung nur auf den städtischen Flächen auf eine Absprache der örtlichen Parteien bezieht, an die man sich bisher gehalten habe. Die AfD hatte bei einer Versagung der Plakatierungsgenehmigung juristische Schritte gegen die Stadt angedroht, die durchaus Aussicht auf Erfolg gehabt hätten. So sei man gezwungen gewesen, dem Ersuchen der AfD zu entsprechen.

Weitere Anfragen oder Mitteilungen bestehen nicht.

**TOP 2: Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2016
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/183/2015**

Es besteht Einvernehmen, im Rahmen der Beratung auf den Aufruf der Einzelprodukte zu verzichten und über die vorliegenden Einzelanträge zu beraten und abzustimmen. Hierzu wird der Haushaltsplan mit -satzung zur Beratung und Beschlussempfehlung aufgerufen.

Die Vorsitzende, Frau Keil, weist darauf hin, dass schriftliche Anträge der Fraktion CDU und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegen, die mit der Einladung zur Stadtverordnetenversammlung am 12.02.2016 verteilt wurden. Weiterhin werden von der FW-Fraktion sowie der Fraktion der BFA/FDP Anträge als Tischvorlage gereicht sowie ein Antrag durch die SPD-Fraktion mündlich gestellt.

Die Anträge bzw. Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushalt werden beim Einzelaufruf der Produkte durch die antragstellenden Fraktionen erläutert und anschließend beraten. Es werden folgende Einzelabstimmungen nach intensiven Beratungen gefasst:

Antrag zur Darstellung von Einzelkonten

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass zukünftig zur Position 13 des Ergebnishaushaltes (Sach- und Dienstleistungsaufwand) die einzelnen Sachkonten mit aufzuführen sind.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 11130, Maßnahme 002, energetische Dachsanierung des Rathauses

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) von 110.000 € auf 80.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	(Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen:	5	
Enthaltung:	0	

Mehrheitlich abgelehnt.

Frau Trenz bittet darum, im Zuge der Sanierungsarbeiten die Möglichkeiten einer Photovoltaikanlage zu prüfen. Der Antrag auf Setzen eines Sperrvermerkes seitens der Fraktion BFA/FDP wird nicht weiter verfolgt.

Änderungsantrag: Produkt 11150, Produkt 52110 Kosten für die Einführung eines Baumkatasters gemäß der FFL-Baumkontrollrichtlinie zur Sicherstellung der städtischen Verkehrssicherungspflicht

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Schriftlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz für den Sach- und Dienstleistungsaufwand (Produkt 11150, Pos. 13, 9.000 €) zur Einführung des Baumkatasters sowie für die Beschaffung des entsprechenden Softwaremoduls (Produkt 52110, Pos.4.3, 1.000 €) zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2	(FW, BFA/FDP)
Nein-Stimmen:	4	(SPD 2, CDU, Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung:	0	

Mehrheitlich abgelehnt.

Änderungsantrag: Produkt 12160, Brand- und Katastrophenschutz, Reduzierung des Sach- und Dienstleistungsaufwandes

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz für den Sach- und Dienstleistungsaufwand (Pos. 13) um 16.2000 € auf 80.000 € zu begrenzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3	(FW, CDU, BFA/FDP)
Nein-Stimmen:	3	(SPD 2, Bündnis 90/Die Grünen)
Enthaltung:	0	

Bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Herr Fraktionsvorsitzender Krieb bittet um schnellstmögliche Vorlage einer Wirtschaftlichkeitsberechnung zur beschafften Waschanlage zur Reinigung der Einsatzkleidung der Feuerwehkräfte.

Änderungsantrag: Produkt 31520, Ergebnishaushalt, soziale Einrichtungen für Pflegebedürftige

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der CDU-Fraktion vom 10.02.2016 den Zuschuss auf 24.120 € zu reduzieren.

Alle Fraktionen versichern, die für Allendorf überaus wichtige Aufgabenwahrnehmung durch den Verein dauerhaft sicherzustellen. Zur Finanzierung eines möglichen Verlustausgleiches in 2016 besteht Einvernehmen, einen Zuschuss in Höhe von 30.000 € in den Haushalt einzustellen.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, zur möglichen Verlustabdeckung einen Zuschuss an den Verein für Häusliche Alten- und Krankenpflege gemäß der Tischvorlage 20/183/2015/2 in Höhe von 30.000 € in den Haushalt neu einzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6	
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	0	

Einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 36120, Ergebnishaushalt, Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege / Pakt für den Nachmittag

Beschlussgrundlage:
Mündlicher Antrag der SPD-Fraktion zur Sitzung.

Frau Keil verweist auf die Weigerung der Gemeinde Rabenau, sich an den anteiligen Kosten des Paktes für den Nachmittag (Nachmittagsbetreuung der Grundschul Kinder) für die Rabenauer Kinder, die die Grundschule in Allendorf besuchen, zu beteiligen. Daher stellt sie folgenden Beschlussantrag:

Beschlussempfehlung:
Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, einen Haushaltsvermerk zur Position 15 (Zuweisungen und Zuschüsse) aufzunehmen, wonach die Stadt Allendorf (Lumda) die Bezuschussung des Paktes für den Nachmittag auf die Kinder begrenzt, die ihren Wohnsitz in Allendorf (Lumda) innehaben.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 36510, Ergebnishaushalt, Kindergärten

Beschlussgrundlage:
Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Beschlussempfehlung:
Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, die Personalkosten (Zeile 11) von 22.000 € auf das notwendige Maß zu reduzieren.

Nach einer intensiven Beratung wird der Antrag von der Fraktion zurückgenommen.

Es besteht Einvernehmen, die Personalkosten im Rahmen einer Leistungsverrechnung den übrigen Produkten zuzuordnen und im nächsten Haushaltsjahr eine Aufteilung der Kosten in der Planung vorzunehmen (Antrag der BFA/FDP-Fraktion vom 15.02.2016).

Änderungsantrag: Produkt 36510, Maßnahme 001, Sonnenschutz Kindertagesstätten

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016 auf Reduzierung der Auszahlungen auf 10.000 €

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016 auf Reduzierung der Auszahlungen auf 12.000 €

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.3) von 27.000 € auf 10.000 € (12.000 €) zu reduzieren.

Nach eingehender Beratung ziehen die Fraktionen den Antrag zurück.

Frau Trezn bittet darum, ein bereits vorliegendes Angebot zur Beschaffung von Sonnensegeln in Kopie dem Protokoll beizulegen.

Änderungsantrag: Produkt 36510, Maßnahme 001, Kindergärten

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, zur Verbesserung der Belegkapazitäten im Kindergarten Totenhäuser Weg 98.000 € (77.000 € + 21.000 €) neu einzustellen.

Aufgrund der zuvor gefassten Beschlussempfehlungen wird der Antrag von der antragsstellenden Fraktion zurückgezogen.

Produkt 36510, Tageseinrichtungen für Kinder (Allgemein)

Wegen der für die Stadt stattgefundenen negativen Presseberichterstattung in Verbindung mit einer möglichen Unterversorgung, besteht Einvernehmen, Frau Dr. Neuburger-Hees von der Lebenshilfe in Gießen als Trägerin der Kindergärten in Allendorf (Lumda), bereits zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung einzuladen, um mit ihr die aktuelle Situation wie auch die Planungssituation bis zum Ende des Jahres zu erörtern.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause verweist auf einen für die nächste Stadtverordnetenversammlung gestellten Fragenkatalog zu der derzeitigen Betreuungssituation in den Allendorfer Kindergärten.

Änderungsantrag: Produkt 36510, Maßnahme 001, Dachsanierung Kindergarten Allendorf

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP sowie der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) über 43.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen.

Nach eingehender Beratung wird folgende abgeänderte Beschlussempfehlung erarbeitet:

Beschlussempfehlung/neu:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen,

- den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) über 43.000 € mit einem Sperrvermerk zu versehen, der durch den Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss aufgehoben werden kann sowie
- den Magistrat zu beauftragen, unabhängig vom beschlossenen Sperrvermerk, die entsprechende Beantragung im Rahmen des KInvFG zu veranlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3	(CDU, BFA/FDP, FW)
Nein-Stimmen:	0	
Enthaltung:	3	(SPD 2, Bündnis 90/Die Grünen)

Bei 3 Stimmenthaltungen einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 52220, Maßnahme 001, Restsanierung Lindengasse 16

Beschlussgrundlage: schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) von 53.000 € auf 43.000 € zu reduzieren.

Nach eingehender Beratung wird von der antragsstellenden Fraktion der Antrag zurückgezogen.

Änderungsantrag: Produkt 55310, Ergebnishaushalt, Betrieb von Friedhöfen / Bestattungen

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz für Sach- und Dienstleistungen (Pos. 13) von 22.120 € um 2.000 € auf 24.120 € zu erhöhen. Die Mittel sollen als Materialkosten zur Pflasterung einer Teilfläche der Zuwegung im östlichen Teil des Allendorfer Friedhofes in einer Größe von ca. 3 x 10 m sowie zu einer Pflasterung der angrenzenden Parkfläche außerhalb des Friedhofes in einer Größe von 13,5 x 9 m verwandt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 57110, Maßnahme 002, Einrichtung eines freien WLAN-Zuganges

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Schriftlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP vom 15.02.2016.

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) in Höhe von 11.000 € sowie die Betriebskosten im Ergebnishaushalt (Pos. 13) in Höhe von 600 € ersatzlos zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	3	(FW, BFA/FDP, Bündnis90/Die Grünen)
Nein-Stimmen:	3	(SPD 2, CDU)
Enthaltung:	0	

Bei Stimmengleichheit ist der Antrag abgelehnt.

Änderungsantrag: Produkt 57110, Maßnahme 002, Anbindung Gewerbegebiet Löhrbachsgraben und Futterwiese an das Breitbandnetz

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Schriftlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP vom 15.02.2016.

Frau Bürgermeisterin Bergen-Krause teilt mit, dass zwischenzeitlich bereits ein Ausschreibungsverfahren stattgefunden hat. Hiernach könnten nun die investiven Auszahlungen auf 40 T€ begrenzt werden. Es besteht Einvernehmen, den Ansatz mit einer Beschlussempfehlung auf 40 T€ zu reduzieren.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.3) von 100.000 € auf 40.000 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig angenommen.

Änderungsantrag: Produkt 57130, Maßnahme 001, Leistungen des Bauhofs / Ersatzbeschaffung Baggerlader, Rasentraktor, Kleingeräte

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Haushaltsansatz (Pos. 4.2) in Höhe von 127.500 € auf 57.500 € zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1	(Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen:	4	(SPD 2, CDU, FW)
Enthaltung:	1	(BFA/FDP)

Der Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der Fraktion BFA/FDP vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, das der Haushaltsansatz (Pos. 4.2) mit einer Teilsumme in Höhe von 100.000 € mit einem Haushaltssperrvermerk versehen wird.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	2	(BFA/FDP, FW)
Nein-Stimmen:	2	(SPD)
Enthaltung:	2	(CDU, Bündnis 90/Die Grünen)

Der Antrag ist somit bei Stimmgleichheit abgelehnt.

Beschlussgrundlage:

Schriftlicher Antrag der FW-Fraktion vom 15.02.2016.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, den Magistrat zu beauftragen, bereits zum jetzigen Zeitpunkt für die investiven Maßnahmen (100.000,00 €) in 2017 eine Aufstellung mit Anforderungsprofil, welches die Einsatzzwecke und eine Vergleichsberechnung zwischen Kauf und Miete darstellt, wie bereits für den Haushalt 2016 und den Baggerlader zur Verfügung gestellt wurde, zu erstellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	6
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

Einstimmig angenommen.

Gesamtbeschlussempfehlung zur Haushaltssatzung mit Haushaltsplan:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan und Anlagen - unter Berücksichtigung der beschlossenen Anträge - für das Haushaltsjahr 2016 zu beschließen.

Er empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Kenntnisnahme der Ergebnis- und Finanzplanung für die Jahre 2015 bis 2019 und das zugrunde liegende Investitionsprogramm gemäß § 101 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 4 (SPD 2, FW, CDU)
Nein-Stimmen: 1 (Bündnis 90 / Die Grünen)
Enthaltung: 1 (BFA/FDP)

Mehrheitlich angenommen.

**TOP 3: Haushaltssicherungskonzept gemäß § 92 Abs. 4 HGO; 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes zum Haushaltsplan 2016
hier: Beratung und Beschlussempfehlung
Vorlage: 20/185/2016**

Es erfolgt eine Aussprache.

Beschlussempfehlung:

Der Haupt-, Finanz-, Wirtschafts- und Rechtsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die vorgelegte 10. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes gemäß § 92 HGO zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 1 (Bündnis90/Die Grünen)

Einstimmig angenommen.

Allendorf (Lumda), den 18.02.16

gez. Keil

**(Stadtverordnete
Katrin Keil)
Vorsitzende**

Rausch

**(Leiter Fachbereich Finanzen
Jürgen Rausch)
Schriftführer**

Anwesenheitsliste

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN :

Frau Stadtverordnete Gabriele
Waldschmidt-Busse

FWG-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Reiner Käs

SPD-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Katrin Keil
Herr Stadtverordneter Apala-Raphael
Omokoko

CDU-Fraktion :

Herr Stadtverordneter Jürgen Schmidt

BFA/FDP-Fraktion :

Frau Stadtverordnete Brunhilde Trenz

Magistrat :

Frau Bürgermeisterin Annette Bergen-
Krause
Herr 1. Stadtrat Ernst Jürgen Bernbeck
Herr Stadtrat Manfred Lotz
Herr Stadtrat Reiner Placzko
Herr Stadtrat Udo Schomber
Herr Stadtrat Helmut Wißner

Stadtverordnetenvorsteher :

Herr Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz
Erbach

Stadtverordnete :

Herr Stadtverordneter Lothar Claar
Frau Stadtverordnete Sylke Schäfer
Herr Stadtverordneter Thomas Stein

Verwaltung :

Herr Leiter Fachbereich Finanzen Jürgen
Rausch

Fraktionsvorsitzender :

Herr Stadtverordneter Ulrich Krieb

entschuldigt fehlten:

Magistrat :

Herr Stadtrat Konrad Stelzenbach
Herr Stadtrat Werner Thielemann